

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für anderwärts eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Verleger: Dr. Richard Fr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Abonnement-Abteilung Nr. 1155.

Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

werden die Geschäftsstellen... Sonntag und Montag einmal.

Erhebt täglich einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Die Hebergriffe der Landräte vor dem Landtag.

6. Sitzung vom Freitag, den 20. Januar.

Am Ministerische: v. Dalkow, Holtz, Vizepräsident Dr. Pöschel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die Hebergriffe der Landräte

wird fortgesetzt. Abg. Nissen (Düne) fragt über das Verhalten der Landräte von Apertade und Habersleben.

Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Den größten Teil unserer Beschwerden haben wir bereits bei der Etatsberatung vorgebracht. Wir freuen uns auch über den Erfolg unserer Klagen. Wenn die Grundzüge des neuen Ministers über die Unparteilichkeit der Landräte ausnahmslos durchgeführt werden, dann können wir zufrieden sein.

treten ist. Aber das Schlimme ist eben, daß diese Remedur von oben immer wieder notwendig ist. (Sehr richtig! links.) Natürlich handeln die Landräte, wenn sie in die Politik eingreifen, nie in amtlicher Eigenschaft, sondern nur als Privatleute.

alle diese Adelsstücke den Ausdruck des wahren Volkswillens nicht aufzulegen können.

(Beifall links.) Wir bringen diese Politik der Kleinlichkeiten in Einklang mit der einseitigen Auswahl unserer Verwaltungsbeamten aus bestimmten Schichten. (Sehr richtig! links.) Die Bevorzugung des Adels kann endlich doch nicht befristet werden.

worden, daß es besser gewesen wäre, ihn nicht präzisieren. Der Ausdruck für den Landrat an Stelle Besondere ernannte Gutsvorsteher „Privatsekretär“ läßt die Sache nicht richtig erscheinen.

Der Landrat darf nicht zusehen, bis die Sozialdemokraten das Haus den Balken über dem Kopfe anzuheben. (Lebige Zustimmung rechts.)

Strolche und Begeleerer

Charakterisierte. (Hört, hört! rechts.) Im Kreise Greifswald-Grimmern herrsche Frieden, bis Beder in den Kreis kam, und kaum war er da, setzte der Kampf mit den Behörden ein.

Abg. Dr. Wolf-Effen (Ztr.): Eigentlich wollten wir uns an dieser Debatte überhaupt nicht beteiligen. Aber unser Schweigen könnte mißdeutet werden.

(Widerspruch links.) Und hinter ihm stand eine Gestalt im roten Gewande und sagte: Das ist doch meine Freude dran! (Seiterkeit und sehr gut im Ztr.)

Abg. Gungl (Wp.): Der Vorredner hat nur hässliche Bemerkungen ohne jede Unterlage gegen uns machen können. Er hat von seinen geistigen Fähigkeiten nicht ausreißenden Gebrauch gemacht.



politik treiben. Der Vorwurf der „Amerikanisierung“ im Wahlkampf kann an die Adresse des Bundes der Landwirte gerichtet werden. Der Jahrbund ist als Gegenstück gegen die einseitige agrarische Richtung in unseren politischen Leben gegenüber zu stellen. Der Abg. Remold hat uns vorgeworfen, daß wir nur aus Agitation für die Reichstagswahlen die Interpellation eingebracht hätten. Die Uebergriffe der Landräte sind allerdings Agitationsstoffe für uns. Aber wenn uns nur an Agitationsstoff in dieser Beziehung läge, würden wir die Interpellation nicht eingebracht haben, die zur Hebung der argeren Missstände führen soll, sondern hätten mit diesen Dingen Agitation getrieben. Aus dem Heimberichts des Landrats führen v. Maßbach an den Regierungspräsidenten geht mit Deutlichkeit hervor, daß der Landrat politische Dinge mit amtlichen Angelegenheiten vermischt hat. (Sehr richtig! links.) Das Staatswohl wäre wohl nicht gefährdet worden, wenn die Vereinssachen vorgelegt worden wären. (Sehr richtig! links.) Wir nehmen nicht an, wie die „Kreuzzeitung“, daß in den Ämtern etwas Politisches enthalten ist, aber wir glauben, daß v. Maßbach dieses Moment hineingelegt hat. (Sehr richtig! links.) Herr v. Hennigs sagt gestern, daß jeder kein Ehrenmann ist. (Widerpruch des Abg. Hennigs.) Das ist ein sehr schwerer Vorwurf, für den Sie den Beweis schuldig geblieben sind. Die Vorwürfe erhielt jeder deshalb, weil er der Regierung vorwarf, daß sie lange Zeit gegen den Landrat nicht eingegriffen. An den Stellen, wo stetig gearbeitet wird, da ist kein adäquater Landrat zu finden. Wir greifen nur Landräte an, die in ihrer amtlichen Eigenschaft parteipolitisch tätig sind. Selbst Herr v. Hennigs sagt, daß es ihm nicht gelungen ist, die Einmütigkeit der Landräte in dem Wahlkampf zu verhindern. Herr von Heydenbrand sagte, daß keine öffentliche Meinung auf das politische Bewusstsein, der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern offen lassen soll, er jetzte aber dazu, wenn sie danach sind. (Hört, hört! links.) Der „Volkfreund“ treibt nicht nur Politik gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Liberalen. Daß aber ein Zusammenhang zwischen Konfessionen und amtlichen Stellen besteht, beweist ein Schreiben des Vorstandes des konfessionellen Kreisvereins von Gumbinnen, der die Mitglieder auffordert, die Beiträge an das Amt einzuschicken. Wir bitten den

nicht nur schöne Worte zu machen,

sondern, wenn von einem Landrat einseitige parteipolitische Tätigkeit feststeht, die Konsequenzen zu ziehen und dem Landrat einen entsprechenden Dankschreiben zu geben. Die Landräte hätten die Schlichtung der Vorgänge bei der Wahl in Labiau-Wahlau auch verhindern sollen, daß die konfessionelle Partei zuerst ein Jagdrecht herausgibt, in dem den Freiwirtschaftlichen und Sozialdemokraten vorgeworfen wird, daß sie gegen die Staatsverwaltung sind und nun der „dunkle Punkt“. Der Regierungspräsident erklärte zuerst Wagner gegenüber, daß er vollkommen fortreif behandelt habe. Als dann am Tage der Wahl der „dunkle Punkt“ von der Gegenpartei wieder herangezogen wurde und Wagner sich bekümmerte, sagte der Regierungspräsident in der zurückweichenden Verfügung, daß er die Sache nicht für fortreif halte. (Hört, hört! links.) Es ist auch nicht einzuweichen, weshalb man den Studenten nicht verbieten sollen, bei den Wahlen zu helfen, zumal es eine unbeschäftigte Hilfe war. In Halle gelaufen das gleiche. Nur in Labiau-Wahlau ist das Verboten so groß, daß man ein Disziplinarverfahren einleitet. Wenn die Studenten für die Konfessionen eingetreten wären, dann hätten Sie (zur Rechten) nichts dagegen gehabt. (Sehr richtig! links.) Und ist es fortreif, dem Bürgermeister Wagner die Amtsunterstützung nach seiner Wahl zu kündigen, ohne ihn zu hören? Ich bitte noch einmal den Minister, Feststellungen bezüglich der Uebergriffe der Landräte zu treffen und, wenn nötig, energisch einzugreifen. (Leb. Beifall links.)

Abg. Reinert (Soz.): Die Freiwirtschaftlichen haben sich entäußert, daß sie mit uns in einen Topf geworfen wurden. Mit wem werden wir nicht in einen Topf geworfen? (Heiterkeit.) Der Landrat ist

die Seele der preussischen Reaktion.

Mit einer Veränderung des Wahlrechts ist in Preußen nichts geschehen. Das Wahlrecht ist nur der Mantel und, wenn der Mantel fällt, muß der Kerz nach. Und das ist der politische Beamte in Preußen, der Landrat. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir leben nicht in einem Reichstaat, sondern in einem rechtslebenden Staat, in dem Recht nicht besteht. (Aufst. Au!) In Uskar mußte eine Versammlung dagegen protestieren, daß Steuergeber der Kreis-einzelne Verwendung finden sollen für die Erbauung eines prunkvollen Gebäudes für den Landrat. Der Landrat sülzt sich als König seines Kreises. Deshalb lassen sich die Herren prunkvollen Schlosser bauen auf Kosten der Kreisangehörigen. Gegenüber der Verfügung haben der Minister und Abg. v. Hennigs hier betont, daß es Pflicht der politischen Beamten ist, das Gesetz gegen die Sozialdemokraten zu brechen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Auch die „Volkfreund“-Reisende werden durch die Landräte verbreitet. (Abg. Hoerer: Ist nicht wahr!) Wir haben ein Schreiben eines Landrates an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, in welchem ersterer mittelst, daß er die Reisende des Verbandes nicht habe, da er von anderen Seite die Reisende gratis erhalten habe. Das ist systematische Beschränkung der oppositionellen Parteien. Hier sitzen 26 Landräte als Abgeordnete, die sind entschuldig, aber der Bürgermeister Wagner ist als Armenhausvorsteher nicht entschuldig. Nun zu Landrat Schröder! (Zuruf: Der ist nationalliberal!) Wenn die Nationalliberalen zur Herrschaft gelangen, werden sie genau so handeln wie die Konfessionen. Das sieht man bei den nationalliberalen Landräten in Hannover. Die sind nicht anders wie die Konfessionen. In Kreise Hameln wollte ein Gastwirt Wehlauf den Sozialdemokraten den Saal geben. Da hat der Bürgermeister nur mit erheblichem Finger gelacht: Wehlauf! Wehlauf! (Stürmisches Gelächter rechts. Hofmann in d. Soz.): An Ihrem Lachen erkenne man Sie!

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Hoffmann, ich lerne Sie in diesem Falle nicht ernst nehmen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist mir auch ganz gleichgültig. Ich nehme die Gesellschaft auch nicht ernst.

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Hoffmann, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Reinert (Soz.): Die Behandlung der Polen und Welfen in Preußen freizeit gen Himmel. Sie ist ein Schandstück in der preussischen Verwaltung.

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Reinert, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Reinert (Soz.): Aber gegen die Welfen in Hannover glaubt die preussische Regierung mit ihren Landräten vorgehen zu können, weil das 3. Inkrement des Himmls nicht mehr vorhanden ist. (Heiterkeit links.)

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Reinert, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und weise Sie auf die gefährlichen, unheimlichen Folgen hin. (Abg. Liebknecht (Soz.): Warum?) Herr Abg. Liebknecht, Sie waren nicht gefragt.

Abg. Reinert (Soz.): Mit Bezug auf das Pulverlosgesetz ist die Tätigkeit der Landräte das Petroleuma, das wir benutzen, um aus dem preussischen Wahlrecht einen Rechtsstaat zu machen. (Allgemeines Gelächter rechts.) Hören Sie so fort, das

Recht zu brechen, der Erfolg wird die Stärkung der Sozialdemokratie sein. (Beifall h. d. Soz. Lachen rechts.)

Abg. Aretz (Soz.): Es ist etwas ganz natürliches, daß Beamte, wenn sie nach dem Dienen kommen, konfessionell werden. Sie leben eben, daß dort das Verhältnis der verschiedenen Stände untereinander ein durchaus unrichtiges ist. Der Freiwirtschaftler in Berlin ist doch ziemlich konfessionell, sonst ist es sich um kommunalpolitische Dinge handelt. Es ist eben nicht zu vermeiden, daß in dem Land die konfessionelle Stände die Verwaltung führen. Aber in dem Land sind nicht darüber wundern, daß auf dem Lande in der Verwaltung konfessionelle sind. (Sehr richtig! links.) In Dieflo-Bezirk waren alle Beamten gegen die Konfessionen. Sie haben es wohl selbst genommen, daß wir mit der Reichsfinanzreform erst die Gestaltform ermöglichen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das so weiter geht, könnten die Beamten vielleicht einmal einen Schrei bekommen. (Zuruf links: Soll das eine Drohung sein?) Nein, keine Drohung, sondern nur die Feststellung von Tatsachen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz., zur Geschäftsordnung): Der Präsident hat vorhin der Anfrage Ausdruck gegeben, daß ich nicht ernst zu nehmen sei. Ich frage den Präsidenten, ob er mich jetzt ernst nimmt, wenn ich keine Neuerung für eine Unverschämtheit erkläre. (Große Unruhe.)

Präsident v. Kröcher: Dem Präsidenten „Unverschämtheit“ vorzuerufen, wenn er aus reiner Gutmütigkeit geirrt hat, geht denn doch ein bißchen zu weit. Wir sind leider schon am Ende der Sitzung, sonst würde ich von meinem Radmikrofon Gebrauch machen, den Abg. Hoffmann von dieser Sitzung ausschließen. Ein Schlußantrag wird angenommen. Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen verläßt sich das Haus auf Sonnabend, 11 Uhr (Winger-Interpellationen).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung, Freitag, den 20. Januar, 11 Uhr.

Die zweite Lesung des Zuwachsgesetzes.

(Zweiter Tag.)

Gestern war bei § 20 ein erst handchriftlich vorliegender Kompromißantrag angenommen worden, der die Höhe des für jedes Jahr vom 1. Januar 1911 rückwärts zulässigen Abzuges auf 1% Prozent festsetzt. Geschäftsbildungsminister mußte die Zustimmung heute wiederholt werden, und bei sehr schwacher Besetzung der Zentrumsbänke ergab sich diesmal die Ablehnung des Antrages, so daß hier eine Wende eintreten ist, die in der dritten Lesung ausgefüllt werden muß. Im Zukunft soll solche geschäftsordnungsmäßige Wiederholung von Abstimmungen in der Tagesordnung vorher bestimmt werden.

Die Beratung war gestern abgebrochen worden bei § 22. Nach den Kommissionsbeschlüssen sind danach von der Steuer befreit das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden und die gemeinnützigen Kolonisations- u. m. Vereinen mit höchstens 4 Prozent Einkommen. Die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin hat die Kommission getilgt. Die Konfessionen beantragen ihre Wiederherstellung. Ein Unterantrag der Volkspartei will für den Fall der Annahme dieses konfessionellen Antrages der Landesgesetzgebung die Möglichkeit lassen, Ausnahmen zugunsten der Gemeinden zu machen. Ein weiterer konfessioneller Antrag will einen Reingewinn der Kolonisationsvereinen von fünf Prozent zulassen. Die Polen beantragen die Freigabe der Steuerfreiheit der Bundesstaaten und die Aufnahme einer Klausel, wonach die gemeinnützigen Vereinigungen nur dann Steuerfreiheit genießen sollen, wenn sie nicht nach der Abstammung leben. Zur Verhandlung über diesen Paragraphen sind auch Staatssekretär Dr. Lisso und Preussischer Finanzminister Dr. Lenzge erschienen.

Abg. Graf Carmer (konf.): Es widerspricht unserem monarchischen Gefühl, die Fürsten zur Steuer heranzuziehen. (Zuruf: Dr. Neumann-Hofer (Soz.): Eine solche Ausnahme würde im Lande viel böses Blut machen. Wird die Steuerfreiheit beschlossen, dann stimmt die Mehrzahl meiner Freunde gegen das ganze Gesetz.)

Schatzsekretär Wermuth erlucht dringend um Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die Sache ist hochwichtig und kann nicht ernst genug behandelt werden. (Lachen links.) Die Fürsten sind Träger der Steuerlasten in den Bundesstaaten. Der Staatssekretär erklärt die Befreiung der Polen für unbedeutend und bittet auch, die anderen Anträge abzulehnen.

Abg. Grothe (Soz.): Vom Steuerprobleme des Landesfürsten geht nicht in der Verfassung, sondern die Souveränität der Landesfürsten nicht. Grundstücke und Verträge und Geschäfte zu machen, kann man sie ihm auch nicht binden, Steuern zu zahlen.

Abg. Dr. Weber (ntl.): Das Wort verleiht die Steuerbefreiung der Landesfürsten nicht. Wenn irgendwo, so liegt hier unverdienter Wertzuwachs vor, da die Landesfürsten sich um die Wertsteigerung ihrer Grundstücke nicht bemühen. Wir werden deshalb gegen die Steuerfreiheit stimmen.

Preussischer Finanzminister Dr. Lenzge: Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ist aus staatsrechtlichen Gründen geboten. Es wäre sonst ein Eingriff in die Verfassung der Bundesstaaten. Noblesse oblige ist ein freiwilliger Akt, man kann dazu nicht gezwungen werden. Wir müssen es schon den Landesfürsten überlassen, wie sie mit ihren Vorrechten verfahren wollen. (Gelächter links.)

Abg. Aretz (Soz.): Die Darlegungen der Regierungsvorlage waren so überzeugend, (Aufst. Hofmann links), daß meine politischen Freunde jetzt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen werden. (Beifall rechts, Zuruf links: Schon wieder ein Umfall!)

Abg. Dose (Sp.): Warum hat man nicht auch noch den Reichsfiskus befreit? Auch jetzt zahlt der Landesfürst schon Steuern, wenn er eine Zigarre raucht. Es kann nur von Vorteil für das monarchische Gefühl sein, wenn die Fürsten mit den Ausgaben des Landes beitragen. Sollen die Veteranen kein Geld bekommen, weil man die Fürsten schon will?

Abg. Brühme (Soz.): Ich verpöche Ihnen schon heute, wir werden diese Sache ganz gehörig ausbeuten. Den Vorteil werden wir haben.

Schatzsekretär Wermuth: Das kann doch nicht agitatorisch ausgebeutet werden. Wir müssen doch die Grundlagen unserer Reichsverfassung sorgfältig hüten.

Abg. Graf Westarp (konf.): Die Herren Dose und Grothe haben uns einen Vorschlag davon geben, wie die Agitation im Lande einzuführen soll. Uns läßt das fast. Agitieren Sie muß nach Ihrer Art.

Abg. Binder (Soz.): Das Zentrum muß ungeschaffen sein, weil man auch die Kirchengüter noch freigeben will. (Hört, hört! links.)

Finanzminister Dr. Lenzge betont nochmals das staatsrechtliche Moment. Der Reichstag sollte sich jetzt befinden.

Abg. Dose (Sp.): Graf Westarp kann beruhigt sein, uns jetzt

der Apparat für die Agitation. (Schallendes Gelächter rechts, Beifall links.) Sie können uns den Agitationsstoff aus der Hand nehmen, Sie brauchen nur den Kommissionsbeschlüssen annehmen. Wir wollen die Reichsverfassung fortbilden. (Sehr gut! links.) Herr Wermuth wird doch nicht über einzelne Paragraphen stolpern; was der Talonfener recht ist, muß auch den Landesfürsten billig sein.

Abg. Dr. David (Soz.): Hat denn nicht dasselbe Ministerium bei den Schiffschiffen die Befreiung ungestraft? Eine prächtigere republikanische Agitation, als Sie sie treiben, gibt es gar nicht.

Abg. Goeering (ntl.): Meine Abstimmung hängt davon ab, ob der Fürst nur in seinem eigenen Lande steuerfrei sein soll oder auch in einem anderen Bundesstaat.

Schatzsekretär Wermuth: Nur in seinem eigenen. Unmittelbar vor der Abstimmung verließen die Polen den Saal. Das Zentrum stimmt mit einiger Ausnahme des Abg. Müller-Gulda mit dem linken Parteien der Rechten, den Reformern und dem kleineren Teil der Nationalliberalen für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Das ist die Mindestzahl, die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin zu abgeben. Auch die anderen Anträge zu § 22 werden abgelehnt.

Es schließt sich hieran ein Zwischenfall. Der amtierende Regierungspräsident Dr. Spahn hatte den folgenden Paragraphen aufgeführt, als Abg. Grothe (Soz.) eine Gesamtabstimmung über den § 10 verlangte. Hiergegen wird von dem Abg. Kommen (Sp.), Einger (Soz.), Dr. Weber (ntl.) Widerspruch erhoben, während Abg. Graf Westarp (konf.) die Forderung des Abg. Grothe unterläßt. Regierungspräsident Dr. Spahn will mit der Erklärung, das Haus sei hier über seine Geschäftsordnung, das Haus befragen, ob eine notwendige Abstimmung stattfinden soll. Hiergegen erhebt Abg. Baffermann (ntl.) Einspruch, da das nur zulässig sei, wenn nicht widerprotest. Abg. Dietrich (konf.) erklärt für die konfessionelle Fraktion im ausdrücklichen Gegensatz zum Grafen Westarp, daß auch eine notwendige Abstimmung nicht für zulässig halte, worauf Abg. Grothe (Soz.) unter dem Gelächter der Linken auf seine Forderung verläßt. Abg. Dr. Siebert (Soz.) stellt fest, daß der Regierungspräsident Dr. Spahn bereit war, entgegen der einmütigen Meinung des Hauses, die Abstimmung zu wiederholen. Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Zu § 25 wird durch Annahme von Anträgen bestimmt, daß im Falle der Rückübertragung auf den früheren Eigentümer, wenn sie innerhalb zweier Jahre erfolgt, die Abgabe zurückverfallen ist.

Zu § 26 beantragt Abg. Cuno (Sp.) die ausdrückliche Aufnahme einer Bestimmung, wonach die Erhebungsstellen nicht von der Gemeinde, sondern vom Bundesstaate zu tragen sind. Dieser Antrag wird in Hammelsprung mit 132 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Auch die §§ 28-29 bleiben unverändert. Am 30 wird auf Antrag Westarp (konf.) die Verpflichtung der Beamten und Notare, Zumberhandlungen anzugehen, gestrichen.

Die §§ 31-34 bleiben unverändert. Die §§ 35-37a handeln von den Rechtsmitteln.

Abg. Grothe (Soz.) beantragt, daß Entscheidungen der oberen Verwaltungsgerichte über die Auslegung dieses Gesetzes in jeder gemeinsamen Veröffentlichung zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Bei abweichenden Erkenntnissen oberster Verwaltungsgerichte soll das Reichsgericht die Rechtsfrage entscheiden. Nach einem weiteren Antrag Grothe soll die Eröffnung des Verwaltungsstreitverfahrens erst dann zulässig sein, wenn die oberste Behörde der Landesverwaltung einen Vorbescheid gegeben hat.

Abg. Dr. Jund (ntl.) erhebt Bedenken. Man solle doch ein Reichsverwaltungsrat schaffen.

Geb. Oberfinanzrat Schwarz spricht gegen die Zentrumsanträge, die ganz neue Prinzipien in das Verfahren der Verwaltungsgerichte einführen würden.

Staatssekretär Dr. Lisso bittet um Ablehnung der Anträge. Eine neue Belastung des Reichsgerichts wäre bedenklich.

Es findet über die ganze Frage eine sehr lange und verwickelte Aussprache statt. Von den Sozialdemokraten werden neue Anträge angebracht und zu diesem Zwecke Verlesung der Abdruck der Debatte beantragt. Schatzsekretär Wermuth sucht darzutun, daß man mit jedem weiteren Antrage nur in immer größere Verwicklungen hineinkomme und der in der dritten Lesung von der Kommission verworfene Vorschlag der Regierung, bei auseinanderstreichenden Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte den Bundesrat entscheiden zu lassen, der zweckmäßigste Ausweg sei. Die Aussprache wird schließlich beendet und der Antrag Grothe angenommen.

Die weiteren Paragraphen bis einschließlich § 48 werden mit unbedeutlichen Veränderungen angenommen. Vor Eintritt in die Beratung des § 49, der von dem Parteipolitiker v. Gumbinnen

angebracht ist, erfragt sich das Haus, ob der Antrag auf namentliche Abstimmung über diesen Paragraphen ist zurückgezogen worden.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Anwaehssteuer, Reichsbesteuerung und Fernsprecht-Gebührenordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Trauerfeier für die Helten von „U. 3“.

Kiel, 20. Januar.

Unter ungemein großer Beteiligung wurden nachmittags die Leichen der im Unterseeboot „U. 3“ verunglückten Marineoffiziere nach dem Bahnhofs geleitet, um nach der Heimat übergeführt und dort zur letzten Ruhe bestattet zu werden. Kapitänleutnant Fischer wird in Darmstadt, Leutnant z. S. Raabe in Berlin beigesetzt werden.

Vor der Ueberführung fand in der Kieler Garnisonkirche eine impotente Trauerfeier statt, an der auch Prinz Waldemar von Preußen teilnahm. Die Leichen der Verunglückten wurden vor dem mit Lorbeer und Palmen geschmückten Altar inmitten einer Fülle von solitaren Kränzen und Palmenarrangements aufgestellt. Zu Füßen lagen die wunderbaren Kränze und des Kaisers und der Kaiserin, des Prinzen und der Prinzessin Heinrich, des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und vieler Marinebehörden, insbesondere der Marineleitung der Flotte, der Inspektion des Torpedobootwesens, der Offiziere der Unterseebootsflotte, der gesamten Offiziere der einzelnen Schiffe, der Unteroffiziere und Mannschaften der Unterseebootsflotte. Die Feier begann mit dem Gesang des Kirchenchors und der Gemeinde. Dann hielt Marineoberprediger Konfessionar Gödel eine ergreifende Ansprache.

Es nahmen außer den Leidtragenden teil eine Ehrenkompanie der Marineinfanterie mit geklammertem Musikkorps, die erkrankten Angehörigen der Kieler Offiziere, Mannschaften und Mannschaften, Vertreter der Stadt Kiel und der hier kommandierenden Reichs- und Staatsbehörden, sowie Palmenarrangements aller Krieger- und Militärvereine aus Kiel und den übrigen Ortschaften an der Kieler Bucht. Direkt hinter dem Leichenwagen schritten

auf der Verwandten der Toten Bisadmiral Pöschel als Vertreter des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Bisadmiral Schröder und der Inspektor der Torpedoinspktion, Konteradmiral Lams.

In den Straßen hingen zahlreiche Trauerfahnen, ebenso hatten die Kriegsschiffe die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

Oberst von Donner und Blitzen!

Es scheint doch keine Möglichkeit zu haben, wenn die Freunde einer deutsch-englischen Verständigung darüber klagen, daß die mangelnde Kenntnis deutscher Sprache und deutscher Weisens jenseits des Kanals ihr Wert zu sehr erübrigt. Sonst hätte die nachfolgende niedliche Geschichte kaum passieren können.

Der Zirkelklub der Arthur Wilson hat, wie wir melden, in einer längeren Abhandlung nachgewiesen, daß die Gefahr einer deutschen Innoation auf Einführung beruhe. Gegen ihn polemisierte nun der „Times“ mit einem langen Artikel, den er, wie er voraus bemerkt, seinem Freunde, Oberst von Donner und Blitzen“ verband, der mit den Absichten des Großen Generalstabs in Berlin vertraut sei. Er wird selbst nicht wenig überrascht gewesen sein, daß der alte Oberst von einer ganzen Anzahl englischer Blätter ernst genommen worden ist; die einen haben auf die bedeutungsvollen Ausführungen des „eminenten deutschen Kritikers“ hingewiesen, die andern die Absichten des „Oberst v. Donner und Blitzen“ eifrig bekämpft und ihre Leser noch einmal über die von Berlin drohende Gefahr beunruhigt. Schließlich fand ein nicht herbeizuführendes Blatt bereits einen Artikel von Colonel Caron und einen von General Corpo di Vacco vom ersten italienischen Armeekorps an.

Eine deutschfreundliche Rundschau aus Amerika.

Aus New York wird gemeldet: Der Quillfuss (sein Schriftsteller) hat an den Kaiser folgendes Kablelgramm geschickt:

Der Quillfuss, geehrt durch die Aufmerksamkeit von S. M. Kaiserlicher, sendet erhabene Grüße und Glückwünsche zu dem vierzigsten Jahrestage der Gründung des Deutschen Reiches und gibt seinen aufrichtigen Wünschen für das Fortbestehen des Friedens und der Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten Ausdruck.

Das Märchen vom „Familienstimm“

taucht wieder auf in der Besonderen Generalversammlung der Wähler, also der konvokierten Landtagsabgeordneten Herrero Hedentrak sein Rednerkammerteil. Er behauptete, der Familienstimm im Hanabücher sei etwas orientalisches Art, während er und seine Freunde einen „echt deutschen Familienstimm“ hätten. Dem fuhr er in seinen Tiraden wie folgt fort: „In der letzten Zeit, wo man die Hinterlistenerverfälschung der Arbeiter einzuführen und die Witwen- und Waisenverfälschung der Beamten zu erhöhen beabsichtigt, will man die Kreise des Mittelstandes und der Erbschaftsteuer beunruhigen. Das heißt doch die Logik direkt auf den Kopf stellen. Für die Arbeiterverfälschung dürfen wir uns nicht begeistern, das wäre im letzten Grunde eine Verhöhnung der Gerechtigkeit.“

Die Wähler sollten Herrn Hedentrak mächtigen Beifall für diese seine Ausführungen, obwohl sie doch wohl selber nicht recht daran glauben haben werden, daß die armen Witwen und Waisen und die Schichten des Mittelstandes mit der Erbschaftsteuer beunruhigt werden würden. Aber der agrarischen Demagogie sind eben alle Mittel recht.

Zum Heidelberger Professorenstreit.

S. & H. In der Straßstraße zwischen den Universitätslehrern Dr. Ruge und Professor Weber, die, wie bekannt, wegen einer Äußerung des letzteren über die moderne Frauenbewegung entstanden ist und belände zu einem Duell geführt, erklärt Dr. Ruge jetzt eine öffentliche Erklärung, in der er mitteilt, daß das von Professor Weber an ihn gerichtete Schreiben die größten Beleidigungen enthalten habe, weshalb von ihm der Versuch gemacht worden ist, Prof. Weber durch ein Mitglied der philosophischen Fakultät zu einer Entschuldigung zu veranlassen.

„Mein Verleumdung“, fährt Dr. Ruge fort, „besteht auf gütlichem, gerichtlichem Wege die Sache beizulegen, scheiterte vollkommen, da Herr Weber sich unter keinen Umständen zu einer Zurücknahme bereit erklärte, im Gegenteil mir das Ansehen übermitteln ließ, ich solle in der Öffentlichkeit erklären, durch den Gang der Debatte (Frau Webers aggressive Briefe) eines Besseren belehrt zu sein und meine Beurteilung der Frauenbewegung mit dem Ausdruck des Bewunders zurückzunehmen. Aber selbst für diesen Fall der öffentlichen, freiwilligen, reumütigen, schriftlich gegebenen Absicht hätte Herr Weber sich selbst jegliche Erklärung vorbehalten. Es ist selbstverständlich, daß von einer derartigen Erklärung meinerseits selbst in Rücksicht auf event. logische Unbequemlichkeiten für mich keine Rede sein konnte. Ich hätte im Gegenteil erklären müssen, daß mich der Gang der Debatte, private Zuschriften und vornehmlich die Art der Beurteilung in den Frauenzeitungen in meiner Überzeugung mehr, als ich erwarten konnte, befestigt habe. Ich erklärte zwar immerzu öffentlich, obwohl dies schon deutlich genug aus meinem Eingangsbericht hervorging, daß ich mich keineswegs auf Heidelberger Verhältnisse bezog; mir ist es aber völlig gleichgültig, ob ich irgend jemand durch die objektive Kritik einer Sache gekränkt fühle. Ich gehöre Gott sei Dank noch nicht zu denen, welche aus persönlichen Rücksichten objektive Urteile bedauern.“

Dr. Ruge schließt, daß die Versuche gescheitert seien, Professor Weber zu einer privaten Zurücknahme seiner Beleidigungen zu bringen, der Richter über die Angelegenheit zu entscheiden haben werde.

kleine vermischte Nachrichten.

Der Etat der Stadt Schöneberg für das Rechnungsjahr 1911 ist jetzt fertiggestellt worden. Er balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 27 Millionen 657.892 Mark. Im Vorjahre betrug er 30 1/2 Millionen Mark.

Not- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser besuchte Freitag vormittag den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Die kommende Reichstagswahl.

Die Erklärungen in Gießen. Die durch die Zeitungen geflohenen Nachrichten, daß für die bevorstehende Reichstagswahl fünf verschiedene Parteien bereits ihre Kandidaten ernannt hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Insbesondere ist es unrichtig, daß die Nationalliberalen an der Kandidatur Giese's teilnahmen und die Fort-

schrittler den bekannten Marburger Theologieprofessor Kade ihm entgegenstellten hätten. Die Versuche zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler, zu einer Einigung zu kommen, dürften vielmehr noch fortbauern, obwohl gerade in Hessen die Voraussetzungen zu solchem gemeinsamem liberalen Vorgehen ungünstiger als anderswo sind.

Ausland.

Die Explosion der „Maine“.

□ Aus London wird gemeldet: Wie die Post in Washington im Widerspruch zu den Behauptungen feststellt, hat die Untersuchung des Schiffschiffes „Maine“ im Hafen von Havana ergeben, daß die Explosion im Jahre 1898 von innen heraus erfolgt ist, ein Verbrechen der Spanier demnach nicht vorliegt. Das amerikanische Kriegsministerium soll sich bereits zu dieser Theorie bekannt haben. Man nimmt an, daß eine der inneren Luftföden Abteilungen, in denen sich Munition befand, explodiert sei. Die Wichtigkeit dieser Feststellung erhellt aus der Tatsache, daß die den Spaniern zugeschriebene Zerstörung der „Maine“ den Anlaß zum spanisch-amerikanischen Kriege von 1898 gegeben hat.

Statistik der französischen Deserteure.

□ Aus Paris wird gemeldet: Die „France Militaire“ bringt die Statistik der Deserteure, sowie der nicht eingetragenen Stellungsplichtigen Frankreichs im Jahre 1910. In diesem Jahre zählte man 13 500 Deserteure und 53 000 Stellungsplichtige, die sich dem Dienste entzogen haben. Es sind diesmal die Zahlen bei den Deserteuren um 500, bei den rückständigen Stellungsplichtigen um 3000 gegen das Vorjahr gewachsen.

Ein weiblicher Parlamentarier.

Im norwegischen Storting wird schon in nächster Zeit eine Frau ihren Einzug halten. Der Vertreter des ersten Wahlkreises von Christiania, General Brattlie, augenblicklich Präsident des Stortings, wird nämlich genötigt sein, für einige Zeit der Volkserziehung fern zu bleiben, um die Organisation der neuen Heeresordnung durchzuführen. Damit rückt sein gewählter Stellvertreter, die Volksschullehrerin Gräulein Rogstad, ohne weiteres in das Parlament ein.

Die Rektorsgattin als Coltschlägerin.

(Nachdr. verb.) S. & H. Wittenberg, 20. Jan.

Der heutigen Verhandlung wohnt Erster Staatsanwalt Merkel bei, der sich zur Freize von Anfang an sehr zuvorkommend gestellt hat. Die Angeklagte ist mit ihrer Pflegerin pünktlich zur Stelle. Sie hat sich von ihrem Fall auf den Boden, der sich zum Schluß der gestrigen Sitzung ereignete, durchaus erholt; sie macht wieder einen vornehmen, referierten Eindruck. Vorl. (zu den Sachverständigen): Sämnen wir uns über den allgemeinen Eindruck der Angeklagten mit den Zeugen nicht länger lassen? Oder brauchen die Herren Sachverständigen dazu noch weiteres Material? Als die Sachverständigen dies verneinen, erklärt der Vorsitzende, er werde dann die Vernehmung abhören.

Zeugin Frau Kaufmann Schullhöfer schildert die Angeklagte wie die bisherigen Zeugen als sehr leicht erregbar in den Vereinigungen, aber nicht nachgeben. Vorl.: Angeregte Menschen müssen natürlich sehr leicht verzeihen. Sie meinen aber wohl, daß ihr solche Szenen sehr schnell aus dem Gedächtnis entfallen? Die Zeugin bejaht dies. Nächster Zeuge ist Kaufmann Odenheim. Er teilt mit, daß die Angeklagte ihr Vorstandsamt im Fraueninstitut niederteigte, weil sie über Blutzandrange lagte und sich der Sache getting nicht mehr gewachsen fühlte. Zeugin Frau Baumgarten Ullmann (München) hat die Angeklagte auch für eine schwer zu behandelnde Frau gehalten. Vorl.: Wie meinen Sie das? Zeugin: Sie hielt a. B. den Ausdruck „Männer“ für gleichbedeutend mit Schiedsgericht und Schwäche. Vorl.: Sprach sie gewandt? Zeugin: O nein, nur stösend und unvorbereitet. Vorl.: Sprach sie öfter von Selbstmord? Zeugin: Nein, nicht direkt; aber nur sah man manche Nebenwörungen allgemein so auf. Vorl.: Hielten Sie sie für normal? Zeugin: Nein, wir hielten sie für nicht ganz zurechnungsfähig. Vorl.: Für so ganz unzurechnungsfähig hielten Sie sie wohl nicht, sonst hätten Sie sie wohl nicht zum Vorstände des Fraueninstituts ernannt gemacht. (Seufzer.)

Zeuge Lehrer Johannes Wagner schildert den verstorbenen Rektor Herberich als vorzüglichen Vorgesetzten. Vorl.: Setzte er die unteren Lehrer herab? Zeuge: Ja. Die Ueberarbeitung mag dazu beigetragen haben, aber das häusliche Leben. Kurz vor seinem Tode rief er mich in sein Zimmer; als ich eintrat, sah er mich aber nicht, so daß ich mich bereits entziehen wollte. Erst als ich mich wiederholt stark räusperte, blickte er auf. Vorl.: War also geistesabwesend? Zeuge: Ja wohl. Der nächste Zeuge ist der Lehrer Dorsch, den er wegen Mißhandlung seines Kindes bei der vorgehenden Vernehmung angezeigt hatte. Vorl.: Was hatten Sie für Erfahrungen über Herberich? Zeuge: Er wollte wohl das Beste, doch war er etwas bedächtig und leicht geneigt, sich eher auf die Seite der Schüler zu stellen als auf die der Lehrer. Vorl.: Herr Zeuge, urteilen Sie da auch nicht zu persönlich wegen der angeblichen Mißhandlung seines Kindes? Zeuge: Nein. In Bezug auf die Tochter Witt sagt der Zeuge, daß das Kind durch seine vernünftige Umarmung hätte. Es lagten aber, als ob das Geschehen des Kindes inheimlich unterdrückt worden wäre. Ueber die Tat sagte das Kind:

alles wegen der Mutter!

(Bewegung.) Es kostete Mühe, das Kind später mit mir wegzubringen. Nicht durch ein Wort äußerte sich bei der Vernehmung die Teilnahme des Kindes.

Von zwei Samaritanerinnen wird auf einer Krankenbahn die Erzieherin Gräulein Vilger in den Saal getragen. Sie war von 1905 bis 1906 Erzieherin bei Herberich. Die Behandlung war gut, das eheliche Leben, das die beiden miteinander führten, war aber nicht friedlich. Dr. Herberich war nicht immer freundlich zu seiner Frau. Vorl.: Es kam wohl öfter zu Schimpfworten? Zeugin: Ja. Er sagte einmal, das ist nur, weil das Geld von ihr kam. Frau Herberich sagte einmal zu mir, ihr Mann sei ein Wollschäpper. Nach einer solchen Szene mit ihrem Mann wollte sie in einem Hotel schlafen. Als wir dann wieder herankamen, hat der Professor, sie möchte doch wieder ins Zimmer kommen, was sie aber ablehnte. Darauf sagte Professor Herberich sehr erregt: „Ich möchte meine Kinder noch einmal sehen, ich halte das jetzt nicht mehr aus, ich gehe ins Wasser!“ (Große Bewegung.) Später brachte ich die beiden dazu wieder zusammen. Die Zeugin sagt weiter aus, die Frau sei auch eifersüchtig gewesen. In Haus-

halt war sie aber selbstig; die Kinderwärfche erledigte sie selbst und sie kostete auch selbst. Sie habe ihren Mann keineswegs liebte. Die Zeugin Frau Kaufmann Ullmann, die die Besitzerin des Hauses, in welchem die Tat geschah, befand, sei mit Professor Herberich sehr gut ausgekommen, aber bei der Frau kam oft ein ungelöbtes Temperament zum Ausdruck. Der Zeuge Richter-Georg er aus Freiberg sagt aus, daß die Angeklagte oft Streit mit den Kindern hatte. Nächste Zeugin ist die Wäberin Albertine Müller. Sie hat öfter am Mittagsstisch teilgenommen und befand, Frau Herberich sei sehr besorgt um ihren Mann gewesen. Schulhausmeister Bierel, der von der Schule, die Dr. Herberich leitete, sagt aus, daß Herberich zur Angeklagten nicht immer freundlich war, die Frau war aber auch selbst aufbrauend. Es tritt darauf eine kurze Pause ein, in welcher unter allgemeiner Beteiligung die Zusammenkunft bis in den Saal dringen. Sie werden auf den Korridor vertrieben, wo sich ein Staatsanwalt und Gehörmore an den Semeln hielten. Die Angeklagte, die bei der Vernehmung des Schulhausmeisters sich zurückgelegt hatte und ironisch lächelte, ist wieder ruhiger geworden und begrüßt die auf dem Flu verammelten Damen des Fraueninstituts vereins mit herablassender Würde.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der Zeuge Christian Büttner augerufen. Er ist bereitigt werden soll, erklärt er, er glaube weder an Gott, noch an ein Evangelium. Er wolle aber erst wissen, ob die Verurteilung für ihn strafbare Folgen haben, wenn er Falles ausginge. Vorl.: Sie müssen die Wahrheit auslegen, wenn Sie das nicht tun, so werden Sie wegen Meinberich schwer bestraft. Es ist nicht zu spät und Verzeihung wollen den Zeugen in seinen Gemütszustand bringen und versöhnen auf seine Aussage. Sodann wird der Wäbermeister Ullmann vernommen, bei dem sich die Angeklagte den Revolver gekauft hat. Die nächste Zeugin ist Frau Anna Schaeber. Sie war bei der gestrigen vernommenen Familie Bauer in München in Diensten und befand, es sei öfter Spottreden in der Familie gewesen. Die Angeklagte rief öfter:

„Mein Mann schlägt mich!“

und das Dienstmädchen von Herberichs erzählte, Dr. Herberich werde seiner Frau, obwohl sie schwanger sei, Büchsen an den Kopf.

Das Dienstmädchen Johene Dubej sagt wie mehrere Zeuginen vor ihr aus. Es sei in dem Hause oft Standel gewesen. Vorl.: Was halten Sie von dem Ausbruch? Zeugin: Die Frau ist mächtig. (Seufzer.) Realpflanzler Schönbel aus der Birnhainstraße 4 hörte am Montag um 7 Uhr abends mehrere Male einen Knall und hat dann einen Mann liegen sehen. Er jagte, da hat sich wohl jemand erschossen. Als er dann näher zutrat, habe er ausgerufen: „Am Gottes willen, das ist ja Herberich!“ Substantial sah er mal oben in demselben Hause wie der Vorzeuge und schildert die Auffindung der Leiche Herberichs oben. Sie hörten mehrere Schüsse, als sie beim Abendessen am Familientisch saßen. Sie eilten darauf alle hinaus und es habe sich dann ihnen der Entgegensturz entzogen: Das ist ja Herberich! (Bewegung.)

Es wird darauf die kommissarische Aussage der erstbanten Lehrerin Gräulein Dr. Ritsmüller vorgelesen. Sie bekundet: Ich habe beide Ehegatten als nett und liebenswürdig kennen gelernt. Die Angeklagte ist herzensgut, aber wenig diszipliniert und besitzt Mangel an logischem Denken. Ueber die Männerwelt ist sie ganz unqualifizierende Schätzin. Ueber ihre zweite Ehe sagte sie, ich müßte hoch heiraten, damit meine Kinder einen Vater hätten. Ihr gegenüber habe sie einmal über ihren Mann gellagt, er sige zu sehr über seiner Arbeit. Ihr Mann kritisierte sie öfter in liebenswürdig-ironischer Form. Die Angeklagte dagegen war sehr auf ihn bedacht und schätzte ihm von der Reihe aus häufig Anstandsarten. Ich halte die Angeklagte für kraushaft überspannt, ich wegen ihrer sehr Jode über die Männerwelt; sie ist auch tatlos. So räsonierte sie einmal darüber, daß die Bauern tabulären und das Proletariat im Balat sige. Sie kimmerte sich also um vieles, was sie gar nicht anging und regte sich dabei sehr auf. Sie ist impulsiv und unbedarfen. Gegen mich war sie während meiner Krantheit sehr aufmerksam. Zeugin Frau Gela Dillinger, die jetzt in Amerika wohnt und vorher in Balalet wohnte, ist ebenfalls kommissarisch vernommen worden. Sie gibt an, sie sei die Wäberige Tochter der Angeklagten aus erster Ehe. Die Ehe mit Dr. Herberich sei anfangs sehr glücklich gewesen, die Mutter hatte aber Mitanfälle, unter denen die Kinder viel zu leiden hatten. Ebenfalls kommissarisch vernommen ist der Krankenhausdirektor Woc, ein Schwager der Angeklagten, der zuerst in Ungarn wohnt. Er befand, es seien in der Familie öfter Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen.

Es tritt darauf die Mittagsspause bis 4 Uhr ein.

Ende eines 9 jährigen Millionenprozesses.

In Fehertempon (Ungarn) hat vor einem Jahrzehnt eine Frau Alexander Schmitz, geborene Julie Stefanovic, mit Hinterlassung eines Millionenvermögens ohne Testament 400 Erben nach dem Anspruch auf die Hinterlassenen des Verstorbenen, der erste Antzahn entfiel, das war neun Personen mittels erbberichtigte. Dieses Urteil wurde nicht bloß von den abgeerbichten 381 Erben, sondern auch von dem Fiskus und der Stadt Fehertempon angezweifelt.

Nun hat nach einem Prozesse, der neun Jahre gedauert hat, die königliche Kurie das endgültige Urteil gefällt; es befähigt das der ersten Antzahn, und es haben sich demnach nur 9 Personen in das Riesenerbe zu teilen. Haupterbe ist ein junger Diplomat, Graf Penkovic, Anzahn der der Wolschaft in Petersburg; er erhält als dem höchsten Gericht Ungarns als nächster Verwandter der Frau Schmitz erklärte Erbe ein Drittel des Nachlasses, während die übrigen 8 Erben sich in die anderen zwei Drittel teilen müssen.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 21. Januar.

Der Ballon „Halle“

der Sektion Halle des Vereinsliga am Mittwoch unter Führung von Oberleutnant des Rieman aus Naumburg mit 2 Mitfliegenden in Witterfeld auf und landete nach kurzer, stürmischer Fahrt (leichte Frühlünde 103 Km, Geschwindigkeit) glatt im Primitivener Fort unweit Sagan.

Ernennung. Durch Erlass des Reichskanzlers ist u. a. zum Mitglied des Beirats der Kaiserlichen Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft für die Zeit bis zum Ablauf des Jahres 1915 der Geheim Medizinalrat, ordentl. Professor an der Universität Halle, Dr. Franziskus berufen worden.

Die vonia legendi für Antiprotestant und für bürgertliches Recht wurde in der juristischen Fakultät unserer Universität Herrn Gerichtsrat Dr. jur. U. Hein ertheilt. Seine Habilitationsschrift ist betitelt: „Dulbung der Zwangslosentredung.“

Hallerischer Bürgerverein. Die Frage, ob das Hallische Stadttheater verpachtet werden soll, oder ob es die Stadt in

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 213,62, Diskonto 195,25, Deutsche Bank 265,12, Berliner Handelsgesellschaft 171,50, Dresdner Bank 164,50, Russische Anleihe von 1902/94, Türkische 182,25, Lombarden 21,25, Kanada 208,50, Baltimore 107,88, Laurahütte 168,25, Bochumer Guss 226,75, Gelsenkirchen 206,75, Harpener 184,25, Deutsch-Luxemburg 195,62, Phönix 238,62, A. E.-G. 266, Siemens & Halske 240,50, Hamburger Paketfahrt 143, Nordl. Lloyd 108, (ir. Berl. Strassenbahn 198, Warschau-Wiener 219,75, Tendenz: Schwach.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. f. Verkehrgewende 2,50, Herkules-Brauerei 2, Herbrand Waggon 2, Buckau chem. Fabr. 2, Griesheim Elektron 1,25, Berl. Eispalast 1,75, Berl. Holz-Cont. 2, Bremer Linoleum 1,75, Deutsche Gasdrehlei 5, Gebr. Goehardt 1,40, Schönebeck Metall 2, Terra Akt.-Ges. 2, Vogel 1,75, Berliner Jute-Spinnerei 1,50, Hammeisen 1,60, Kammerzangerei Wernshausen 3, Klib & Schilde 2,25, Rismarkstraße 2 und Witten Stahlröhren 7, Proz. niedriger: Preuss. Leihhaus 2, Kappel Maschinen 1,50, Reichelt Metall 1,50, Malmedie 2, Julius Pintsch 5, David Richter 2, Riehm Söhne 2, Vogtland, Masch. 2, Elberfelder Farben 2, Miellitz & Co. 2,25, Stassfurt chem. Fabr. 2, Rhein-Charlottenburg 2,25, Hermannsmitteln 2, Nordd. Steingut 2, Rhein. Sprengstoff 2,50, Vereinigte Petroleumwerke 3, Rositzer Zucker 2,50, Cöllwitzer Papier 2, C. Lorenz 3, Ilse Bergbau 5, Rhein-Nassau 1,75 und Jessenitz Kali 1,90 Proz.

Zum Kurszeitel. Berlin, 20. Jan. 4% Badische Staats-Anleihe 98,00 (ex 101,75), 4% Bayerische Staats-Anl. —, 4% Bayerische Staats-Anleihe 98,00 (ex 101,75), 4% Schwarzburg-Sonderhausen —, 3% Württemberg. Staats-Anleihe 81-83 91,80, 4% Kamerner Eisenbahn-Anteile 94,00, 3% 1/2, Deutsche Ostbahnische Schuldversch. gar. —, 4% Ostb. Staats-Anleihe 1900 100,40, 4% Darmstadt-Stadt-Anl. 1900 nkr. 10 100,40, 3% 1/2, Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —, 4% Düsseldorf. Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,40, 4% Jena-Stadt-Anl. 1900 100,00, 3% 1/2, Jenaer Stadt-Anl. 1902 —, 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1905 nkr. 10 100,40, 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 nkr. 1915 —, 4% Thormer Stadt-Anl. 1909 nkr. 1919 —, 4% Apron. Hessische Komm.-Obl. 2-1/2% 1909, 3 1/2%, Österreich. Reichsbank-Westbahn-Obligationen 1874 konv. 80,10%, 4% 1/2, Deutsche Solway-Werke 104,00 4 1/2%, Elberfelder Farben nkr. 1917 104,00, Felten & Guillaume-Bahnen 06, 08 104,75, Vereinigte Lausitzer Glaswerke 99,00, 03.

Londoner Börse vom 20. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 90,00, Rio Tinto 69,50, Geduld 1,46, Goldfields 5,92, Steel com. 80,15, Steel pref. 122,25, Rand Mines 8,67, Anaconda 9,02.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 20. Jan.

Adler-Kalk V.-A.	Geld	Brief	Ingoo	Geld	Brief
Alexanderhütte	12,400	12,700	Immerode	7675	7775
Beiersdorf	8760	8950	Johannshald	8100	8300
Burbach	7100	7200	Kaiseroda	10,500	10,500
Carlshand	6950	7100	Krögershall-Akt.	1307 1/2	1311 1/2
Cecilshald	—	—	Ludwigshald	1300	1300
Desmedon	—	—	Reichskrone	1300	13,600
Dieckmann	159,00	157,00	—	—	—
Deutsches	—	—	—	—	—
Friedrichshald	111,50	113,50	—	—	—
Gieseler	—	—	—	—	—
Sondenshausen	20,100	20,800	—	—	—
Güntherhald	6400	6500	—	—	—
Hann. Kalk-Akt.	82 1/2	83 1/2	—	—	—
Hansa	405 1/2	410 1/2	—	—	—
Hasselt Vork.-A.	148 1/2	151 1/2	—	—	—
Heidberg	85 1/2	87 1/2	—	—	—
Hörsinghald	3025	3125	—	—	—
Hörsinghald II	—	—	—	—	—
Hermann II	3850	3750	—	—	—
Hohenfels	8000	8250	—	—	—
Hohenzollern	6375	6475	—	—	—

A. Riebeck'sche Montanwerke, Halle a. S.

Der Vorstand der A. Riebeck'schen Montanwerke hat mit dem Vorstände der Sächsisch-Thüringischen A.-G. für Braunkohlenverwertung in Halle a. S. und der Naumburger Braunkohlen-A.G. in Naumburg a. S. im Einverständnis mit den Aufsichtsräten der Gesellschaften und vorbehaltlich der Genehmigung der alsbald einzuberufenden Generalversammlungen Fusionsverträge abgeschlossen, wonach die Stammaktien und Stammprämienaktien der Sächsisch-Thüringischen A.-G. für Braunkohlenverwertung im Verhältnis von nom. 12.000 Mk. zu nom. 9.000 Mk. und die Aktien der Naumburger Braunkohlen-A.G. im Verhältnis von nom. 2.400 Mk. zu 3.000 Mk. in neu auszugebende, ab 1. April 1911 dividendenberechtigende Riebeck-Aktien getauscht werden sollen. Der Dividendenchein der Sächsisch-Thüringischen Stammaktien und Stammprämienaktien für 1910 wird von Riebeck mit 7 Proz., der Dividendenchein der Naumburger Braunkohlen Aktien für 1910/11 (Geschäftsjahr 1. April bis 31. März) mit 12 Proz. eingelöst. Durch Ausgabe weiterer nom. 1.456.000 Mk. Aktien zur Verstärkung der Betriebsmittel, welche unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre einem Konsortium überlassen werden, wird das Aktienkapital von Riebeck einschließlich der für den Umtausch benötigten Aktien auf nom. 22.000.000 Mk. erhöht.

Die Grubenfelder der drei Werke markseiden an vielen Stellen und erfahren durch den Zusammenschluss eine wertvolle Abrundung, wodurch auch eine bessere Ausnutzung der Grubenbetriebe erzielt werden kann; ausserdem wird sich eine Vereinfachung und wirtschaftlich günstigere Ausnutzung der Mineral- und Kerzenfabrikation erreichen lassen. Für die Stellung der Riebeck'schen Montanwerke bezüglich ihrer Beteiligung am Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat und am Verkaufssyndikat für Paraffinöl sowie auf dem Kerzenmarkt ist die Fusion ebenfalls wertvoll.

Zentralverband Norddeutscher Brauereien.

In der Sitzung des Aufsichtsrats des Zentralverbandes Norddeutscher Brauereivereine in Hannover wurde der Vertrag bis 1914 erneuert. Dem Verbands gehören an: Die Vereinigung von Brauereien in Kassel, Bremen, der Verband Hanoverscher Brauereien, die Vereinigung Bielefeld und die Brauereivereinigung Leipzig.

Einschränkung im Tabakkau.

Aus New York wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Zu verschiedenen Mitteln, die an die Massnahmen der brasilianischen Kaffeeplanzer erinnern, hat die Dr. Barclay Tobacco Society, etwa 100.000 Tabakplanzer in Kentucky und Ohio umsendend, ihre Zulassung genommen. Die Angehörigen dieses Verbandes gewinnen jährlich bei mittleren Ernten über 3 Mill. Pfund weissen Burleytabak, welcher als Rauch- und Kautabak besonders geschätzt ist. Diese Gesellschaft hat seit Jahren den Tabakerker ihrer Mitglieder gepoigt und den Verkauf vermittelt, nachdem sie zu diesem Zwecke grosse Lagerhäuser in Louisville, Lexington in Kentucky und Cincinnati angelegt hat. Die Dr. Barclay Tobacco Society hat nun auf einer soeben in Lexington abgehaltenen Versammlung ihren Mitgliedern zur Pflicht gemacht, auf den Anbau von Tabak im Jahre 1911 vollständig zu verzichten.

Begründet wird der Beschluss mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass die gesamte vorjährige Ernte, etwa 300.000.000 Pfd., noch im Markt in der Levante liegt, woselbst sogar noch 8.000.000 Pfd. der Ernte von 1908 des Absatzes harren. Durch diese Massnahme hofft der Verband, für das laufende Jahr und in noch höherem Grade für das Jahr 1912, wenn die Tabakernte für 1911 anfällt, bessere Preise zu erzielen.

Unterschrift auf Schuldverschreibungen.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ macht der Direktor der Bayerischen Handelsbank, Herr Dr. Lohr, auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Reichsgerichts aufmerksam, nach welchem auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen, auf welchen die Unterschriften mechanisch hergestellt worden sind, nichtig sind. In dem zur Entscheidung gelangten Falle hatte die Gesellschaft Wartenberg die Anerkennung von ihr ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen abgelehnt, weil die Unterschriften unter den Schuldverschreibungen nicht eigenhändig vollzogen, sondern faksimiliert seien. Damit ist die Gewerkschaft vor dem Oberlandesgericht Dresden und dem Reichsgericht durchgedrungen. Das erstere, dessen Entscheidungsgründen das Reichsgericht lediglich beitreten ist, hat ausgeführt, dass es sich um Schuldversprechen im Sinne des § 780 H.G.B. handle, für welche, soweit nicht die Abgabe auf der Seite des Schuldners ein Handelsgeschäft sei, was hier nicht zuträfe, schriftliche Erteilung erforderlich sei. Diese erfordern wieder eigenhändige Namensunterschriften des Ausstellers oder Unterzeichnung mit geichtlich oder notariell beglaubigten Handzeichen. Eine faksimilierte Unterschrift sei keine eigenhändige. Es ist dann noch weiter ausgeführt, dass von einem Gewohnheitsrechte, nach welchem Obligationen auf Dritte unwirksam mit faksimilierten Unterschriften versehen werden dürften, nicht die Rede sein könne.

Dr. Lohr weist dann ferner noch darauf hin, dass schon im Februar 1910 die Zulassungsstelle der Berliner Börse beschlossen hat, dass Orderschuldverschreibungen in Zukunft nur dann zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen werden sollen, wenn sie handschriftlich unterzeichnet sind.

Der Aufsichtsrat des Bankvereins Gelsenkirchen, an dem der A. Schaffhausen'sche Bankverein interessiert ist, beantragt wieder 6% Proz. Dividende.

Erblich belastet. Nach einer Depesche aus Düsseldorf hat der Verteidiger des verhafteten Direktors Ohm von der Niederdeutschen Bank die Haftungssachen beantragt unter Bezugnahme auf ein medizinisches Gutachten, das bei Ohm erbliche Belastung und damit einwillensfähig bei den ihm zur Last gelegten Straftaten anzeigt.

Ein neues Kalfwerk. Unter dem Namen „Gewerkschaft Feodor“ bei Hünfeld tritt wieder ein Kalfunternehmen, diesmal aus dem Konzern des Kalfindustriellen Emil Sauer an die Öffentlichkeit. Sächlich wird über das Unternehmen, dessen Einrichtung in 1000 Kuxe jetzt genemigt sei, berichtet, dass auf den Feldern seinerzeit das Kalfen mit zwei Bohrungen durchgeführt worden sei und zwar in einer Tiefe von ca. 650 m während der zweiten Bohrung bei der ersten Bohrung bei ca. 450 m und bei der zweiten Bohrung bei ca. 570 m angebohrt worden sei. Für den Wert des Besitzes und der Kuxe bieten die Angaben natürlich keinerlei ausreichenden Anhalt. — Nach einer Mitteilung des Grubenvorstandes beabsichtigt auch das Kalf-Gewerkschaft Ilseburg, mit dem Schachtbau zu beginnen.

Hubertus, Braunkohlen-A.G. Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1910 die Verteilung der gleichen Dividende wie im Vorjahre, nämlich von 9 Proz. vor.

Gewerkschaft Schleierkate. Der Grubenvorstand bringt je 30 Mk. Zuzubse für den Kux zum 15. Februar und 15. April zur Einziehung.

Bismarckhütte. Bei der Erörterung kommunalpolitischer Probleme der Generaldirektor Meyer von der Bismarckhütte in einer Versammlung der Bismarckhütte, dass sein Werk bisher den grössten Teil der Steuern in der Gemeinde aufgebracht habe. Es könne indes darin infolge des Zusammenbruchs des Rohrgeschäfts in ganz Deutschland ein Umschwung eintreten, da die rohproduzierenden Werke, wie die Bismarckhütte, infolge der grossen Verluste ganz bedeutende Dividendenreduktionen vornehmen müssten, was für die Gemeinde plötzlich von 250 auf 400 oder gar 500 Proz. erhöht werden müssten.

Stabeskonvention. Die Verhandlungen der Kommission der Stabeswerke ergaben noch kein Resultat hinsichtlich der Verlängerung der Konvention über den 31. März hinaus. Die Frage soll in einer am 4. Februar einberufenen Plenarversammlung wieder zum Gegenstande der Verhandlung werden. Der Antrag Stumm, der eine Quotisierung der Stabesproduktion forderte, ist dem Vernehen nach abgelehnt worden. Andererseits zeigten sich aber verschiedene Werke einer Verlängerung der Konvention auf der letzten Grundlage durchaus abgeneigt. In der Kommissionssitzung wurde ferner eine Verlängerung der Stabeskonvention bis zum Ablauf des Stahlwerkverbandes die von einzelnen Seiten als wünschenswert bezeichnet worden war, für aussichtslos erklärt. Es scheint vielmehr die Absicht vorzuherrschen, die Konvention nur immer von Quartal zu Quartal zu verlängern.

Ueber die Gründe für das Ausbleiben der Diskontomässigung der Bank von England wird dem „B. T.“ aus London folgendes gemeldet: Die Leitung der Bank hält an Goldbestand und die Gründe für grossen Teil der Diskontomässigung späteren Ansprüchen zu genügen. Sie will eine weitere Auffüllung des Goldbestandes abwarten, insbesondere mit Rücksicht auf den bedeutenden indischen Goldbezug und die Bestrebungen Amerikas, die Bonds der amerikanischen Bahnen an der Londoner Börse zu verkaufen.

Rositzer Zuckerraffinerie. Wie der „Voss. Ztg.“ von unterrichteter Seite über den Geschäftsjahr mitgeteilt wird, hat die Gesellschaft die gesamte Produktion mitgeteilt, was der Geschäftsjahr bereits verschlossen. Auf Grund der eingetretenen Preiserhöhung für Melasse und Rohzucker konnten die Rohmaterialien wesentlich billiger eingezeichnet werden. Was den Geschäftsjahr bei der Chemischen Fabrik Taucha anlangt, bei welcher die Zuckerraffinerie bekanntlich beteiligt ist, so ist derselbe ebenfalls wertvoll.

Das dunkle London. Wie berichtet wird, konnte am 19. d. Mts. in London wegen der Dunkelheit keine Wollauktion abgehalten werden.

Norddeutscher Lloyd. Nach langjährigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung ist es dem Norddeutschen Lloyd gelungen, die Konzession zur Auswandererförderung aus Ungarn zu erhalten. Die amtliche Bestätigung der Konzessionserteilung seitens des ungarischen Ministers des Innern ist jetzt erfolgt.

Die Express-Fahradwerke Akt.-Ges. in Neumarkt bei Nürnberg, die bereits im vorigen Geschäftsjahr keine Dividende ausschütten konnte, weist nunmehr für das am 30. September 1910 zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1909/10 eine Unterbilanz von 35.411 Mk. an bei 500.000 Mk. Kapital.

Die neu auszugebenden Aktien der Elektrizitäts-Akt.-Ges. Schuckert übernahm ein Konsortium mit der Verpflichtung, sämtliche Aktien der bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1 auf 5 anzubieten.

Die Lederfabrik R. Zahn in Neustadt (Orla) befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Sie unterzogen mit ihren Gläubigern wegen eines Vergleichs. Der Hamburger Platz ist hauptbeteiligt.

Die Generalversammlung der Portlandzementwerke in Ruhrort hat einstimmig die Auflösung der Gesellschaft beschlossen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 20. Januar. Am Frühmarkt notierten Weizen inland, 107,00-200,00 auf Bahn und frei Mühle, Roggen inland, 148,00-146,00 auf Bahn und frei Mühle. Hafer und märkischer mecklenburger, pomm., preussischer, pommerscher und schlesischer feinst 175-182, mittel 162-172, feinst 155-161, russisch, und Dänemark mittel 155-161, pering 109-114 auf Bahn und frei Wagen, Mais amerik. mixed 139-141, neuer abfallender —, runder 130,00-138,00 frei Wagen, Gerste, inländische Futtergerste, mittel und feinst 138,00-152,00, Gerste 150-164, russische und Donau, mittel 125,00-129,00 auf Bahn und frei Wagen, Erbsen 127-132 auf Bahn, inländische und ausländische Futtererbsen mittel 143-156, Danborschen 157-166 auf Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,25 bis 27,50, Roggenmehl 0 und 1 18,75-21,25. W i z e n k l e i n e 9,00-11,00, Roggenkleie 8,25-10,25.

Hamburg, 20. Jan. (Getreidemarkt) Weizen fest, Ostholz Mecklb. 202-204, Roggen fest, Mecklenb. und Pomm., 144-155, Gerste fest, südruss. 165-167, Hafer fest, Holsteiner, 104-106, Mecklenburger —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 102 bis 175, Mais fest, La Plata 101-103 mixed 100-103. Liverpool, 20. Jan. Roter Winterweizen per März 70 1/2, per Mai 71 1/2, Still. Mais amerik. Febr. 43 1/2, La Plata Jan. 40 1/2, Still. Feat. 20. Jan. Weizen per April 11 1/2, 11 1/2 B., per Mai 11 1/2 B., 11 1/2 B., per Okt. 11 1/2 B., 11 1/2 B., Roggen per April 8 1/2 B., 8 1/2 B., per Okt. 7 1/2 B., 7 1/2 B., Hafer per April 8 1/2 B., 8 1/2 B., per Okt. 7 1/2 B., 7 1/2 B., Raps Aug. 18 1/2 B., 18 1/2 B. Antwerpen, 20. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Jan. 6 1/2, März 5 1/2, Mai 5 1/2, Juli 5 1/2, Sept. 5 1/2, per Umsatz 5 1/2, kein Still.

Zucker.

Hamburg, 20. Jan. Rübenzucker, I. Produkt, Basis 88%, Rendement ohne Usance, frei an Bord Hamburg, per 100 Kilo, per Januar 9,05 9,07 1/2, 9,07 1/2 M., per März 9,15 9,17 1/2, 9,15 —, per Mai 9,27 1/2, 9,27 1/2, 9,27 1/2, per August 9,45 9,47 1/2, 9,47 1/2, per Oktober 9,45 9,47 1/2, 9,45 —, per Dezember 9,50 9,52 1/2, 9,52 1/2, rubig rubig

Kaffee.

Hamburg, 20. Jan. Good average Santos, vorm. nachm. abends per März 59 1/2 G., 59 G., 59 G., per Mai 59 1/2 G., 59 1/2 G., 59 1/2 G., per September 57 1/2 G., 57 G., 57 G., per Dezember 57 1/2 G., 57 1/2 G., 57 1/2 G., stetig behauptet behauptet

Rio de Janeiro, 20. Jan. Kaffee-Zufuhren 6,000 Sack in Rio 7,000 Sack in Santos. Havre, 20. Jan. Kaffee good average Santos per März 71 1/2, per Mai 72, per Sept. 72, per Dez. 71 1/2, Still.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 20. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 Kilo, per Januar 21,50 Rubig. Berlin, 20. Jan. Kartoffelmehl u. -Stärke 21,50-22,00, Feuchtes Kartoffelmehl 11,00.

Spiritus.

Nordhausen, 20. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (1060-1090 l) 87,75-88,75 Mk., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (1060-107 l) 98,00-99,00 Mk., per loko und Dez. 1810-Sept. 1811 ohne Fass ab Brenneri.

Fettwaren und Öle.

Hamburg, 20. Jan. Stadtheim 61,00, amerik. Steam 51,25, Chamberlain 53,50. Köln, 20. Jan. Bèbol loko 63,00, per Mai 61,00, Rubig.

Bremen, 20. Jan. Baumwolle still, Upsk. loko middl. 76,50 Febr. Liverpool, 20. Jan. Baumwolle, Umsatz 10.000 Ballen, Import 15.000 Ballen, davon Amerikaner 9.000 Ballen. Liverpool, 20. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 10,50, Alexandria, 20. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 20,00, Mai 20,10, Nov. 19,25.

Metalle.

London, 20. Jan. Chili-Kupfer matt 55 1/2, 3 Mon. 56 1/2, Zinn Straits schwach 180 1/2, 1 Kupf. 180 1/2, Blei spann, 26 1/2, engl. 13 1/2, Zink gewöhnliche Marke, rubig 24, spez. Marke 25 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	20.1.	19.1.	Chicago.	20.1.	19.1.
Weizen p. Mai	104 1/2	104 1/2	Weizen p. Mai	109 1/2	109 1/2
„ Juli	103	103 1/2	„ Juli	99 1/2	99 1/2
Maïs p. Mai	68 1/2	68 1/2	Maïs p. Mai	50	50 1/2
„ Juli	—	—	„ Juli	51 1/2	51 1/2
„ Sept.	—	—	„ Sept.	54 1/2	54 1/2
„ Okt.	—	—	„ Okt.	54 1/2	54 1/2
„ Nov.	—	—	„ Nov.	54 1/2	54 1/2
„ Dez.	—	—	„ Dez.	54 1/2	54 1/2
„ Jan.	—	—	„ Jan.	54 1/2	54 1/2
„ Febr.	—	—	„ Febr.	54 1/2	54 1/2
„ März	—	—	„ März	54 1/2	54 1/2
„ April	—	—	„ April	54 1/2	54 1/2
„ Mai	—	—	„ Mai	54 1/2	54 1/2
„ Juni	—	—	„ Juni	54 1/2	54 1/2
„ Juli	—	—	„ Juli	54 1/2	54 1/2
„ Aug.	—	—	„ Aug.	54 1/2	54 1/2
„ Sept.	—	—	„ Sept.	54 1/2	54 1/2
„ Okt.	—	—	„ Okt.	54 1/2	54 1/2
„ Nov.	—	—	„ Nov.	54 1/2	54 1/2
„ Dez.	—	—	„ Dez.	54 1/2	54 1/2
„ Jan.	—	—	„ Jan.	54 1/2	54 1/2
„ Febr.	—	—	„ Febr.	54 1/2	54 1/2
„ März	—	—	„ März	54 1/2	54 1/2
„ April	—	—	„ April	54 1/2	54 1/2
„ Mai	—	—	„ Mai	54 1/2	54 1/2
„ Juni	—	—	„ Juni	54 1/2	54 1/2
„ Juli	—	—	„ Juli	54 1/2	54 1/2
„ Aug.	—	—	„ Aug.	54 1/2	54 1/2
„ Sept.	—	—	„ Sept.	54 1/2	54 1/2
„ Okt.	—	—	„ Okt.	54 1/2	54 1/2
„ Nov.	—	—	„ Nov.	54 1/2	54 1/2
„ Dez.	—	—	„ Dez.	54 1/2	54 1/2
„ Jan.	—	—	„ Jan.	54 1/2	54 1/2
„ Febr.	—	—	„ Febr.	54 1/2	54 1/2
„ März	—	—	„ März	54 1/2	54 1/2
„ April	—	—	„ April	54 1/2	54 1/2
„ Mai	—	—	„ Mai	54 1/2	54 1/2
„ Juni	—	—	„ Juni	54 1/2	54 1/2
„ Juli	—	—	„ Juli	54 1/2	54 1/2
„ Aug.	—	—	„ Aug.	54 1/2	54 1/2
„ Sept.	—	—	„ Sept.	54 1/2	54 1/2
„ Okt.	—	—	„ Okt.	54 1/2	54 1/2
„ Nov.	—	—	„ Nov.	54 1/2	54 1/2
„ Dez.	—	—	„ Dez.	54 1/2	54 1/2
„ Jan.	—	—	„ Jan.	54 1/2	54 1/2
„ Febr.	—	—	„ Febr.	54 1/2	54 1/2
„ März	—	—	„ März	54 1/2	54 1/2
„ April	—	—	„ April	54 1/2	54 1/2
„ Mai	—	—	„ Mai	54 1/2	54 1/2
„ Juni	—	—			